

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2014/17

4. Sitzung vom Montag, 23. Oktober 2017, 18.00 – 21.40 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Protokollführerin

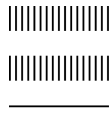
Cornelia Zürcher, Stadtschreiberin

Anwesend

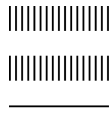
- 38 Mitglieder des Einwohnerrates (bis 18.28 Uhr 37 Mitglieder)
- 7 Mitglieder des Stadtrates (bis 19.09 Uhr 6 Mitglieder)

Entschuldigungen

- Adrian Borer, Einwohnerrat
- Franziska Kremer, Einwohnerrätin (bis 18.28 Uhr)
- Peter Lack, Einwohnerrat
- Christiane Guyer, Stadträtin (bis 19.09 Uhr)



Traktandenliste	Seite
1. Mitteilungen	358
2. Einbürgerung	
1 Einbürgerungsgesuch (GK 176)	359
3. Verwaltungsorganisation	
GK 174 Bereich Soziales – Übernahme der Dossiers von CARITAS Aargau, Betreuung im Asylwesen, Anlaufstelle Integration sowie Anpassung des Stellenetats im Bereich Soziales	359
GK 175 Hochbau und Liegenschaften – Reorganisation und Ressourcen- planung 2018 – 2027	362
GK 177 Steueramt Zofingen – Erhöhung des Stellenplanes um 50 Stellen- prozente per 1. Juli 2018	367
4. Budget 2018	
GK 173 Budget 2018 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festset- zung des Gemeindesteuerfusses für 2018 sowie Investitionspla- nung 2018 – 2027 der Einwohnergemeinde Zofingen	368
5. Umfrage	376



Begrüssung

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Präsidentin begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates – insbesondere auch den zukünftigen Stadtrat Peter Siegrist, welcher heute anwesend ist – die Ratssekretärin, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew sowie die anwesenden Medienschaffenden, die Zuhörenden und Gäste auf der Tribüne und gibt die Entschuldigungen von Adrian Borer und Peter Lack bekannt. Einwohnerrätin Franziska Kremer sowie Stadträtin Christiane Guyer werden etwas verspätet eintreffen.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Der Rat ist mit zurzeit **37 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Mitteilungen

Die **Neuwahl** des **Einwohnerrats** hat stattgefunden. Sie gratuliert allen Gewählten ganz herzlich und freut sich auf die weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Die Präsidentin gratuliert dem wiedergewählten **Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger**, welcher mit 2'035 Stimmen im Amt bestätigt wurde. Auch **Vizeammann Hans-Martin Plüss**, welcher mit 2'188 Stimmen wiedergewählt wurde, spricht sie ihre herzliche Gratulation aus.

Per 31. Oktober 2017 ist Einwohnerrat **Michael Müller** (SVP) **zurückgetreten**. Die Präsidentin verliest das Demissionsschreiben. Die Würdigung und Verabschiedung erfolgt nach der Umfrage. Der Prozess für die Ersatzwahl eines SVP-Mitglieds dauert noch an.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 18. September 2017** wurde am 18. Oktober 2017 verschickt. Die Frist für Änderungs- und Ergänzungsbegehren läuft bis zum 30. Oktober 2017.

Sie informiert, dass alle Ratsmitglieder als **Tischauflage** ein Couvert der Universität St. Gallen erhalten haben.

Neueingänge

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation der SP/JUSO-Fraktion betr. Tempo 30-Zone an der Brittnauerstrasse
 - Interpellation von Jakob Lang (FDP) betr. Bibliothek Zofingen -Zukunftsstrategie
- Der Interpellant hat gewünscht, dass er seinen Vorstoss an der heutigen Sitzung begründen darf. Er wird seine Begründung am Schluss der Sitzung – vor der Umfrage – abgeben.

Die Präsidentin bittet abschliessend darum, jeweils so lange stehen zu bleiben, bis die Stimmenzähler/innen das Zeichen zum Hinsetzen geben. So kann vermieden werden, dass mehrfache Zählungen notwendig sind.

Art. 101

Einbürgerung

GK 176

Barbara Willisegger, Referentin FGPK

Am 28. September 2017 hat die FGPK gestützt auf die vorgängigen detaillierten Prüfungen durch Stadtrat und Einbürgerungskommission dem Gesuch einstimmig zugestimmt. Gemäss seriöser Prüfung der Einbürgerungskommission sind die beiden Gesuchstellenden integriert, beherrschen die deutsche Sprache und erfüllen die rechtlichen Voraussetzungen. Dem Rat wird deshalb empfohlen, das Gesuch ebenfalls gutzuheissen.

Eintreten ist nicht bestritten. Das Wort wird nicht verlangt. Es folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

GK 176

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 26:5 Stimmen (5 Enthaltungen) zugestimmt.

Den Antragstellenden wird vom Ratspräsidium gratuliert.

(Applaus)

Art. 102

Verwaltungsorganisation

GK 174

Bereich Soziales – Übernahme der Dossiers von CARITAS Aargau, Betreuung im Asylwesen, Anlaufstelle Integration sowie Anpassung des Stellenetats im Bereich Soziales

André Kirchhofer, Referent FGPK

Die FGPK hat dem Geschäft ohne grössere Diskussionen einstimmig zugestimmt.

Die Vorlage gliedert sich in zwei Teile; der erste Teil betrifft die Betreuung von Asylsuchenden sowie den Grund der Kündigung des Vertrages mit der CARITAS Aargau. Im zweiten Teil wird die Fallbelastung behandelt.

Im ersten Teil hat der Stadtrat festgestellt, dass es in den letzten Jahren zu erheblichen Doppelspurigkeiten und administrativen Leerläufen gekommen ist. Die Rückerstattungen des Bundes von 10 % reichen nicht aus, um die Aufwände der Stadtverwaltung zu decken. Zudem hat sich die CARITAS vor allem auf die sprachliche – und nicht auf die berufliche und wirtschaftliche – Integration konzentriert, was zu geringer Motivation der betreuten Personen geführt hat, ein Beschäftigungsprogramm oder ein Praktikum zu besuchen. Die Wiedereingliederung soll nun durch den Bereich Soziales erfolgen, weshalb eine Stellenaufstockung von 100 % notwendig ist.

Der zweite Teil betrifft die Zunahme der Fallzahlen im Bereich Soziales; diese sind von 418 im Jahr 2015 auf mittlerweile 512 im 2017 gestiegen (Steigerung von rund 26 %). Ebenfalls hat die Komplexität der Fälle zugenommen, und es sind vermehrt Abklärungen für das Familiengericht vorzunehmen. Deshalb wird für diesen Bereich der Antrag für eine Aufstockung von 160 Stellenprozent gestellt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Vorlage stichhaltig begründet ist, der Nettoaufwand sich mit CHF 81'500 pro Jahr in Grenzen hält und die Ziele klar formuliert sind (Effizienzsteigerung, bessere Kontrollen). Dadurch sollten schlussendlich Einsparungen möglich sein. André Kirchhofer hat in der Vorlage zwei Versprechen gefunden: einerseits ist man bei sinkenden Fallzahlen bereit, die Stellenerhöhung wieder (teilweise) rückgängig zu machen. Andererseits soll eine Qualitätssteigerung erzielt werden. Diese ist messbar und sollte überprüft werden.

Eintreten ist nicht bestritten.

Liliane Hofer, SP/JUSO

Die SP/JUSO-Fraktion befürwortet alle Anträge dieses Geschäfts. Im Asylwesen sind aktuell zu viele Akteure im Spiel, welche verschiedene Aufgaben in der Betreuung und Begleitung von anerkannten Flüchtlingen und Asylsuchenden wahrnehmen. Die Qualität der Flüchtlingsbetreuung durch die CARITAS Aargau lässt zu wünschen übrig. Es wird zwar die sprachliche Integration gefördert, aber die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Integration fehlt. Dadurch landen viele dieser Menschen mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Sozialhilfe, sobald die Bundesbeiträge wegfallen. Die Asylsuchenden in Zofingen werden durch verschiedene Stellen betreut und begleitet, was wenig effizient und nicht zukunftsgerichtet ist. Die Koordination aller Aufgaben im Asylwesen soll durch die Stellenaufstockung von einer kompetenten Fachperson erledigt werden. Diese Person soll sich auch für Integrationsthemen engagieren. Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass im Asylwesen nicht nur Dossiers verwaltet werden, sondern aktiv in Integrationsmassnahmen der Zielgruppe investiert wird. Diese Investition ist aus Sicht der SP/JUSO nachhaltig; es wird jedoch erwartet, dass sich Zofingen an erfolgreichen Projekten anderer Städte orientiert und dadurch eine höhere Integrationsquote erreicht.

Die Notwendigkeit der zusätzlichen Stellenprozente im Bereich Soziales ist aufgrund des Revisionsberichts der letzten Jahresrechnung deutlich ausgewiesen. Ein klares Alarmzeichen ist auch der Aufruf der Gerichtsbehörden an die politischen Stellen, dass Handlungsbedarf besteht. Wenn weder die Qualität stimmt noch Termine eingehalten werden können, sind dringend Massnahmen angezeigt. Auch hier soll eine nachhaltige Bewirtschaftung der laufenden Dossiers erreicht werden. Die SP/JUSO-Fraktion erwartet aufgrund der zusätzlichen Ressourcen eine permanente Überprüfung der Leistungen und eine konsequente Rückforderung von zu Unrecht bezogenen Leistungen, damit die Mehrkosten teilweise kompensiert werden können.

Erich Roth, DYM

Die CARITAS Aargau hat nicht das geleistet, was Zofingen erwartet hat, weshalb die Verträge aufgelöst wurden. Es ist nötig, bei der Betreuung, in der Administration und der Zuweisung der Flüchtlinge die Qualität zu überwachen. Deshalb ist die Stellenaufstockung notwendig und sinnvoll.

Auch die Aufstockung im Bereich Soziales ist in der Fraktion DYM unbestritten. Die Dynamische Mitte legt Wert darauf, dass die Prozesse immer wieder überprüft und optimiert werden. Bei sinkenden Fallzahlen sind Stellenreduktionen vorzunehmen.

Die Fraktion DYM wird sämtlichen Anträgen zustimmen.

Daniel Gygax, FDP

Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag mehrheitlich zu und bittet darum, dass den Forderungen im Votum des Einwohnerratsvizepräsidenten Folge geleistet wird.

Barbara Willisegger, SVP

Die SVP-Fraktion steht Stellenerhöhungen kritisch gegenüber, weshalb das Geschäft intensiv diskutiert wurde. Die Kündigung des Vertrags mit der CARITAS Aargau und die daraus folgende Stellenaufstockung waren unbestritten. Jedoch hat die Pensenerhöhung im Bereich Soziales von insgesamt 160 % zu Diskussionen geführt. Je 80 % für die Administration und die Sozialarbeit sind viel. Der zuständige Stadtrat hat im Juni 2017 darüber orientiert, dass bei einer Zwischenprüfung des Bereichs Soziales diverse Beanstandungen erfolgten. Diese wurden – soweit möglich – umgehend korrigiert. Andere Beanstandungen waren eine Folge der knappen Ressourcen aufgrund der steigenden Fallzahlen. Im November 2017 wird eine Nachkontrolle durch die externe Revisionsstelle durchgeführt. Die SVP-Fraktion wünscht Einsicht in diesen Bericht, um sichergehen zu können, dass der Bereich Soziales gut organisiert ist oder damit rechtzeitig weitere Massnahmen ergriffen werden können. Es wird daher folgender Zusatzantrag gestellt:

Der Prüfbericht der externen Revisionsstelle bezüglich Nachkontrolle sei dem Einwohnerrat vertraulich vorzulegen.

Die SVP-Fraktion wird den Anträgen 1 bis 4 zustimmen und bittet um Unterstützung ihres Zusatzantrags.

Dominik Gresch, Stadtrat

Die Vorlage wurde bereits treffend zusammengefasst, deshalb wird er nur noch kurze Ergänzungen vornehmen. Die Fallzahlen sind sowohl in Zofingen als auch in den Drittgemeinden angestiegen. Anfangs ging man von höheren Zahlen aus, nachdem diese jedoch zu Beginn tiefer waren als erwartet, wurden die Pensen um 30 % gesenkt. Auch die Beweggründe zur Beendigung der Zusammenarbeit mit der CARITAS Aargau wurden dargelegt. Fairerweise muss man jedoch festhalten, dass sich im Verlauf der letzten Jahre auch hier die Rahmenbedingungen geändert haben. Die Aufnahmepflicht ist massiv höher geworden. Anfangs – mit bedeutend tieferen Fallzahlen – war das Outsourcing sinnvoll. Dieses Modell ist nun jedoch an seine Grenzen gestossen und die gesamte Betreuung direkt vor Ort ist viel sinnvoller.

Im Bereich Soziales wurden aufgrund der Prüfungsergebnisse umgehend Massnahmen ergriffen. So wurde die Administration neu aufgestellt und die externe Nachprüfung erfolgt bereits im November 2017 und nicht, wie ursprünglich geplant, erst im kommenden Frühling. Die Ergebnisse der Nachprüfung können dem Einwohnerrat selbstverständlich via FGPK zugänglich gemacht werden.

Generell besteht bei gewissen Kontrollen ein Nachholbedarf, seit anfangs Jahr besteht zudem eine Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleister, welcher in Verdachtsfällen Prüfungen vornehmen kann. Eine Qualitätssteigerung sowie die Erhöhung der Integrationsquote stehen im Fokus, es soll eine schnellstmögliche sprachliche Integration und das Eingliedern in den Arbeitsmarkt (Beschäftigungsprogramme, Praktika, Lehrstellen etc.) erfolgen. Kann dies nicht geschafft werden, so steigen die Kosten nach Wegfall der Bundesbeiträge (nach 5 bis 7 Jahren) massiv an.

Aus diesen Gründen bittet Dominik Gresch um Zustimmung zu den gestellten Anträgen.

Inzwischen ist Einwohnerrätin Franziska Kremer eingetroffen, daher werden die Verhandlungen mit **38 Mitgliedern** weitergeführt.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten. Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, folgen zuerst die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge. Anschliessend wird über den Zusatzantrag der SVP-Fraktion abgestimmt.

1. *Der Stellenaufstockung von insgesamt 100 Stellenprozenten (60 % Sozialarbeit und 40 % Administration) im Bereich Soziales für die Betreuung und Begleitung von anerkannten Flüchtlingen und Asylsuchenden inkl. einer Anlaufstelle für Integrationsfragen sei zuzustimmen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

2. *Den Personalkosten für diese Aufgaben von jährlich CHF 100'000 und den einmaligen Sachkosten (IT, Büroeinrichtung) von CHF 12'000 sei zustimmen. Diesem Aufwand im Asylwesen stehen jährliche Einnahmen von CHF 111'000 gegenüber.*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

3. *Der Personalaufstockung um 160 % (80 % Sozialarbeit und 80 % Administration) im Bereich Soziales aufgrund gestiegener Fallzahlen und komplexer Fälle für Zofingen und die angeschlossenen Drittgemeinden sei zuzustimmen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

4. *Den Personalkosten von jährlich CHF 162'500 und den einmaligen Sachkosten (IT, Einrichtung) von CHF 12'000 sei zuzustimmen. Diesem Aufwand stehen jährliche Mehreinnahmen für die Verrechnung der Dienstleistungen an Drittgemeinden von CHF 70'000 gegenüber.*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

Es folgt die Abstimmung über den Zusatzantrag der SVP-Fraktion:

Die Fraktion der SVP beantragt, dass der Prüfbericht der externen Revisionsstelle über die Nachkontrolle dem Einwohnerrat vertraulich vorgelegt wird.

Dem Zusatzantrag wird mit 25:5 Stimmen (7 Enthaltungen) zugestimmt.

GK 175**Hochbau und Liegenschaften – Reorganisation und Ressourcenplanung 2018 - 2027****Michael Wacker**, Referent FGPK

Sein Votum beginnt mit dem Zitat "was lange währt, wird endlich gut". Seit 2006 beschäftigt sich die damals neu entstandene FGPK mit der Bauverwaltung. Seither erscheinen fast jährlich im Rahmen der Rechnungsprüfungen Ausführung dazu. Im Jahr 2015 reichte die FGPK schlussendlich ein Postulat betreffend Organisation und Strukturen der Bauverwaltung Zofingen ein, welches den Ausgangspunkt der heutigen Vorlage bildet.

Er stellt fest, dass die politische Prüfung der FGPK ein starkes Instrument ist, welches Gutes und Schlechtes in einer Verwaltung aufzeigen kann. Die Bauverwaltung ist dafür ein Paradebeispiel. Probleme werden erkannt und Massnahmen empfohlen (von unterschiedlichen Teams aller politischen Couleur). Der politische Prozess kann allerdings länger dauern, da die einen mehr vertrauen, die an-

deren jedoch harte Fakten wollen. Heute ist über eine Vorlage zu befinden, die eine glasklare Sprache spricht. Der neue Leiter Hochbau hat die FGPK mit Worten und Taten überzeugt. Sowohl die Ausgangslage als auch die Massnahmenpakete sind eindeutig. Die Ressourcenplanung ist eng aber machbar.

An der Sitzung vom 28. September 2017 hat die FGPK die Vorlage beraten und dieser ohne grosse Diskussionen einstimmig mit 8:0 Stimmen zugestimmt. Die FGPK empfiehlt daher die Annahme des stadträtlichen Antrags.

Eintreten ist nicht bestritten.

Stefan Giezendanner, SVP

Der leidige Zustand dieser Abteilung ist seit vielen Jahren bekannt. Trotzdem wurde bis in die jüngste Vergangenheit immer mit minimalen kosmetischen oder externen Reorganisationskonzepten versucht, den Missstand zu beheben. Er stellt fest, dass bis heute kein einziger Exekutivpolitiker bereit war, die Verantwortung für diesen desaströsen Zustand zu übernehmen.

Nachdem die FGPK mittels Postulat den Stadtrat wieder und nochmals zum Handeln aufgefordert hat, wurde der Weg für eine neue Kraft geebnet. Leider war beim Amtsantritt des neuen Leiters Hochbau und Liegenschaften kein Kernteam mehr vorhanden, so dass kein Wissenstransfer erfolgen konnte.

Die aktuelle Vorlage lässt hoffen. Man hat sich einen Überblick verschafft und es ist ersichtlich, welche Ziele verfolgt werden. Die SVP-Fraktion hat das Geschäft geprüft und einige positive Aspekte gefunden. Der neu eingestellte Leiter Hochbau und Liegenschaften hat eine Lagebeurteilung vorgenommen und nennt die Fakten beim Namen. Es sind jetzt Strukturen erkennbar. Etwas negativ erscheint die Notwendigkeit von Sofortmassnahmen, um das Tagesgeschäft sicherstellen zu können. Zudem ist befremdlich, dass sogenannte Basics (Nachführen von Statistiken, sortieren und archivieren von Dossiers, generieren von Verantwortlichkeiten) initialisiert werden müssen. Bei der Ressourcenplanung stellt sich die Frage, ob eine Identifikation mit der Abteilung möglich ist, nachdem der langjährige Projektleiter Baubewilligungen pensioniert wurde, gleichzeitig die Bausekretärin gekündigt hat und fünf von sieben Angestellten in befristeten oder Teilzeitmandaten angestellt sind. Wie verhält es sich mit der operativen bzw. strategischen Personalplanung? Auch die hohen Drittkosten sind negativ zu bewerten.

Gemäss der aktuellen Lagebeurteilung teilt die SVP-Fraktion die Ansicht, dass der vorübergehende Kostenanstieg im 2017 sowie im Folgejahr unumgänglich ist. Ob die geplanten Massnahmenpakete greifen und die angestrebten 650 Stellenprozente wirklich erreicht werden können, wird sich zeigen. Im Sinne einer funktionierenden Stadtverwaltung soll aber das Notwendige unternommen werden, weshalb die SVP der Vorlage geschlossen zustimmen wird.

Sandra Olar, SP/JUSO

Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu. Sie sieht keine ewige Baustelle in der Bauverwaltung; die Problematik liegt bei den schon lange fehlenden Ressourcen und einer chronischen Unterbesetzung. Der Stadtrat hat in der Vergangenheit bereits mehrfach in verschiedenen Vorlagen zusätzliche Stellenprozente gefordert, welche von der SP/JUSO immer unterstützt wurden. Sowohl in der Budgetdebatte 2013 wie auch in derjenigen von 2014 wurden die beantragten Stellenaufstockungen abgelehnt. Diese unschöne Situation hat zu Fluktuationen geführt und es mussten externe – teurere – Leistungen eingekauft werden.

Zur Schuldfrage und den Vorwürfen an den Stadtrat, dieser habe nicht richtig reagiert, hält sie fest, dass ein grosser Teil dieser Schuld der Einwohnerrat mitzutragen hat. Daran ändern auch die des-

pektierlichen und beleidigenden Voten nichts. Wie die externe Analyse beim durchgeführten Benchmark (Vergleich mit Lenzburg, Rheinfelden und Brugg) gezeigt hat, liegt der Kostendeckungsgrad in Zofingen bei 60 % (Jahr 2016). Lenzburg weist für diesen Zeitraum 34 % aus, in Rheinfelden liegt dieser bei 45 % und in Brugg bei 14 %. Der Bereich Hochbau hat trotz der schwierigen Situation sehr gut gearbeitet. Die Kernaufgaben wurden mit einem schlanken Team erfüllt (Umsetzungsvolumen von CHF 2,3 Mio./Vollzeitstelle).

Nun gilt es, vorwärts zu schauen und die anstehenden Probleme zu lösen. Die SP/JUSO-Fraktion bittet daher, dem Geschäft zuzustimmen und nicht den Stellenaufbau – wie in den vergangenen Jahren – zu blockieren.

Pascal Stenz, FDP

GK 175 zeigt den wirklichen Zustand in der Bauverwaltung detailliert auf. Es macht den Anschein, als hätte in den letzten zwei Jahren die Führung komplett gefehlt. Es stellt sich daher die Frage, ob die politisch verantwortliche Person überfordert war. Mit dem neuen Leiter ist eine Wende eingetreten und es wird buchstäblich aufgeräumt. Die FDP-Fraktion ist optimistisch, dass nun effizient und effektiv gearbeitet wird. Dies ist auch an den bereits umgesetzten Massnahmen ersichtlich.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Geschäft grundsätzlich zu; damit das Ganze jedoch transparent vom Einwohnerrat mitverfolgt werden kann, stellt die FDP einen Zusatzantrag. Die in GK 175 genannten Ziele scheinen nicht zielführend. Damit die Reorganisation in diesem Bereich transparent ersichtlich werden, sind qualitative und quantitative Zielvereinbarungen zu erarbeiten, welche jährlich im Rahmen der Jahresberichterstattung vorzulegen sind.

Anders Sjöberg, DYM

In der Vergangenheit wurde bereits viel über die Mängel in der Bauverwaltung gesprochen; trotz vieler Diskussionen waren bis anhin keine spürbaren Verbesserungen feststellbar. Deshalb hat sich die Fraktion DYM eingehend mit GK 175 auseinandergesetzt und das Gespräch mit dem Leiter Hochbau und Liegenschaften gesucht. Es liegt ein klares Konzept sowie eine sachliche und offene Analyse vor, welche mit konkreten Massnahmenpaketen die Steigerung der Kosteneffizienz darlegen. Die beantragte Stellenerhöhung ist gut begründet und nachvollziehbar. Die Stossrichtung ist richtig und verdient die volle Unterstützung. Die Fraktion DYM wird daher das Geschäft befürworten.

André Kirchhofer, FDP

Das Votum der Sprecherin der SP/JUSO kann so nicht im Raum stehen gelassen werden. Er ist überzeugt, dass wohl selten ein Vorstoss in diesem Rat mit 40:0 Stimmen überwiesen wurde. Der Handlungsbedarf war unumstritten. Seiner Meinung nach ist die Stellenaufstockung zu bewilligen und er ist der Ansicht, dass der Wechsel an der Spitze jetzt richtungsweisend ist (in die richtige Richtung). Andererseits kann es nicht angehen, dass bei kritischen Voten der Vorwurf erhoben wird, man argumentiere beleidigend. Es gab in der Vergangenheit politische Vorfälle mit erheblich weniger finanziellen Folgewirkungen, die zu Rücktritten führten. Es ist Zeit, die Schuldfrage anzusprechen. Die verantwortlichen Personen sollen ihre Verantwortung wahrnehmen und sich nicht hinter dem Kollegialitätsprinzip verstecken. Die Schuld an der miserablen Führung bzw. an einer miserablen strukturellen Aufstellung der Bauverwaltung trägt nicht der Einwohnerrat. Die FGPK hat parteiübergreifend einen guten Job gemacht und deren Feststellungen haben nichts mit Schuldzuweisungen – sondern mit Verantwortung – zu tun.

Marcel Thüler, SP/JUSO, sp

Die Verantwortung liegt auch beim Einwohnerrat. Für die Bauverwaltung wurden mehrfach Stellenbegehren gestellt, welche vom Rat nicht bewilligt wurden. In Zofingen hat sich die Kultur entwickelt,

dass der Einwohnerrat in diesem Bereich mitredet, deshalb hat der Stadtrat nicht mehr die alleinige Führung seines Ressorts. Aus den erfolgten Diskussionen könnte man schliessen, dass in den letzten Jahren in Zofingen überhaupt keine Bautätigkeit herrschte. Dem ist aber nicht so. Zofingen hat ein neues Seniorenzentrum gebaut und es wurden diverse Kredite gesprochen; die Bauverwaltung ist nicht stillgestanden. Er selber hat das Postulat, das im Übrigen auch den Tiefbau betrifft, ebenfalls mitunterzeichnet. Allerdings ist er der Meinung, dass es auch an anderen Stellen noch altes aufzuarbeiten gibt. Nachdem nun heute alle Luft abgelassen haben, hofft er, dass zukünftig die Aufgabe, genauer hinzuschauen, wieder in den zuständigen Kommissionen erfolgt.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Die politische Verantwortung liegt bei der Gesamtpolitik und nicht bei einem Einzelnen. Er bittet daher um einen fairen Umgang miteinander.

Jakob Lang, FDP

Es geht um Verantwortung auf allen Ebenen. Natürlich liegt die Verantwortung schlussendlich beim Gesamtstadtrat, doch es gibt auch das Ressortführungsprinzip. Das Führungsproblem lag auf zwei verschiedenen Stufen, einerseits beim zuständigen Stadtrat, andererseits beim verantwortlichen Amtsleiter. Diese Probleme wurden bis jetzt nie behoben. Er hat in der Vergangenheit die beantragten Stellenaufstockungen ebenfalls abgelehnt, weil er der Meinung war, bei einer externen Vergabe könnten gewisse Arbeiten effizienter erledigt werden. Zudem erfolgten die Anträge für Stellenaufstockungen nie strukturiert und wurden anders begründet. Letztendlich hat dadurch das Vertrauen des Rates in die zuständigen Behörden inkl. politische Vorgesetzte gefehlt.

Marco Arni, DYM/glp

Es war nicht erfreulich, den vorangegangenen Diskussionen zu folgen. Er hofft, dass alle erleichtert sind, Dampf abgelassen zu haben. Er kann nachvollziehen, dass sich die Frage der politischen Verantwortung stellt, trotzdem sollte man sich jetzt auf das aktuell vorliegende Geschäft konzentrieren, mit dem offensichtlich ja alle einverstanden sind. Es bleibt dem Einwohnerrat vorbehalten, sich weitere – politische – Massnahmen vorzubehalten.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Er bedankt sich bei allen Fraktionen für die grundsätzliche Unterstützung der Stellenbegehren. Mit diesem Geschäft erfolgt die Umsetzung des Postulats der FGPK. Zum Thema Führung und Verantwortung hält der Vizeammann fest, dass die Bauverwaltung sowohl im Bereich Hoch- wie auch Tiefbau in den letzten Jahren sehr viele wichtige und grosse Investitionsvorhaben erfolgreich umgesetzt hat (Altersheim, Unterführung Strengelbacherstrasse, Kreisel etc.). Auch das Bauvolumen von Privaten ist in den letzten acht Jahren massiv angestiegen. Die Anzahl Mitarbeitende in der Bauverwaltung hat sich jedoch nicht verändert. Deswegen kann wohl eher nicht von Führungslosigkeit gesprochen werden.

Er vergleicht die Situation in der Bauverwaltung mit einer Fussballmannschaft, die anstatt mit elf nur mit zehn Spielern kämpft. Es nützt nichts, wenn die einzelnen Spieler mehr Überstunden absolvieren, auch ein Trainerwechsel ist erfolglos, wenn die Mannschaft weiterhin nur zehn Spieler hat. Man kann sich deshalb fragen, wer für die schlechten Resultate verantwortlich ist. In der Politik ist es klar geregelt; die Aufsicht der Verwaltung obliegt dem Stadtrat. Im Ressortführungssystem ist Andreas Rügger für den Tiefbau zuständig, im Bereich Hochbau ist er selber zuständig. Deswegen übernimmt er ganz klar die Verantwortung.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

I Ausgangslage und mitgeltende Beschlüsse, Seite 3, Abschnitt 1 – Zusatzantrag der FDP

Der Stadtrat arbeitet bereits seit längerem mit Wirkungszielen und Reportings, deshalb wehrt man sich nicht dagegen, nach der Stellenaufstockung für diesen Bereich die entsprechenden Ziele zu setzen. Im Budget auf Seite 8 sind auch für das Ressort Hochbau die Ziele definiert. Er macht beliebt, diese Ziele so zu belassen. Der Stadtrat wird im Geschäftsbericht für das Jahr 2018 darüber Auskunft geben, ob diese Ziele erreicht werden konnten. Auch zwischenzeitlich steht der Vizeammann jederzeit für Auskünfte zur Verfügung.

Jakob Lang, FDP

Die Ziele auf Seite 3 im obersten Abschnitt der Vorlage sind nicht scharf definiert; genauso diejenigen im Budget auf Seite 8. Deshalb bittet er darum, folgenden Zusatzantrag anzunehmen:

Die Reorganisation und Ressourcenplanung richtet sich nach den vom Stadtrat festgelegten Zielen in GK 175, Abs. 1, Seite 3. Die Erreichung von diesen ist quantitativ und qualitativ zu überprüfen und jährlich bis zum Abschluss der Reorganisation im Jahresabschluss (Jahresbericht) darzustellen.

Damit kann sichergestellt werden, dass man nicht nur im 2018 dranbleibt, sondern die Reorganisation während eines längeren Zeithorizonts weiterverfolgt wird. Der Stand kann mit kurzen Kennzahlen und qualitativen Aussagen bekannt gegeben werden.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Dabei handelt es sich sicherlich um einen gangbaren Weg, um das verloren gegangene Vertrauen wieder aufzubauen. Es gibt allerdings bereits Kontrollinstrumente – eine Schlüsselfunktion hat die FGPK. Es werden alljährlich Jahresziele formuliert, zudem finden jährlich Sonderprüfungen in verschiedenen Abteilungen und Bereichen statt. Auch hier hat die FGPK die Steuerungsmöglichkeit, in den nächsten Jahren das Augenmerk auf diese Abteilung zu richten.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen, daher folgt zuerst die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

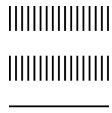
Der Einwohnerrat nimmt von der Reorganisation (Massnahmenpakete 1 – 3) und der Ressourcenplanung 2018 – 2027 Kenntnis. Er stimmt der Aufstockung des Stellenplans auf 690 % im Jahr 2018, respektive 650 % in den Jahren 2019 – 2023 zu.

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen angenommen.

Es folgt die Abstimmung über den Zusatzantrag der FDP-Fraktion:

Die Reorganisation und Ressourcenplanung richtet sich nach den vom Stadtrat festgelegten Zielen in GK 175, Abs. 1, Seite 3. Die Erreichung von diesen ist quantitativ und qualitativ zu überprüfen und jährlich bis zum Abschluss der Reorganisation im Jahresabschluss (Jahresbericht) darzustellen.

Dem Zusatzantrag wird mit 21:9 Stimmen (7 Enthaltungen) zugestimmt.



Robert Weishaupt, DYM/CVP

Er hält abschliessend fest, dass die FGPK bereits bis anhin gute Arbeit geleistet hat und dies sicher auch zukünftig machen wird. Die Kommission wird die Situation weiterhin beobachten, denn es gibt in dieser Abteilung noch viel zu tun.

Sitzungspause

GK 177

Steueramt Zofingen – Erhöhung des Stellenplanes um 50 Stellenprozente per 1. Juli 2018

Marco Negri, Referent FGPK

Das Steueramt ist für rund 7'700 Steuerpflichtige zuständig und sorgt für jährliche Einnahmen von CHF 31 Mio. bis CHF 32 Mio. Nebst den Steuererklärungen sind pro Jahr rund 500 Kapitalzahlungen zu prüfen und gut 250 Grundbuchmeldungen zu verarbeiten. In den vergangenen Jahren hat die Anzahl an Steuererklärungen zugenommen. Auch war eine Zunahme bei den bearbeitungsintensiven Grundbuchmeldungen von rund 25 % zu verzeichnen. Neben der quantitativen Zunahme ist auch die Komplexität der durchschnittlichen Dossiers angestiegen, was zu einer längeren Bearbeitungszeit führt. Ein gewisser Teil konnte durch die Digitalisierung von Prozessen aufgefangen werden, der Rest schlägt sich in einem sinkenden Veranlagungsstand nieder. Nachdem dieser 2011 noch bei guten 90 % lag, liegt der aktuelle Stand noch bei rund 77 %. Damit die definierte Zielgrösse von 85 % wieder erreicht werden kann, ist eine Erhöhung des Stellenplans um 50 % notwendig. Die FGPK hat den Antrag gründlich geprüft und empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig die Zustimmung zum vorliegenden Geschäft.

Eintreten ist nicht bestritten.

Mischa Berner, DYM

Die Fraktion DYM hat dieses Geschäft kritisch und mit Interesse geprüft. Es handelt sich um eine sauber ausgearbeitete und gut begründete Vorlage. Die steigende Zahl an Steuererklärungen ist die logische Folge des demographischen Wachstums. Im Interesse einer funktionierenden und leistungsfähigen Steuerverwaltung unterstützt die Dynamische Mitte den Antrag.

Sascha Antenen, SP/JUSO

Auch die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Antrag einstimmig. Die steigenden Bevölkerungszahlen und der sinkende Veranlagungsstand zeigen klar, dass eine Stellenprozentanpassung notwendig ist.

Claudia Hauri, FDP

Aus einer höheren Bevölkerungsdichte ergeben sich mehr Steuererklärungen, die kontrolliert werden müssen. Dies wird in der fünfseitigen Vorlage nachvollziehbar dargelegt, weshalb die FDP-Fraktion dem Antrag zustimmt.

Marco Negri, SVP

Die SVP-Fraktion teilt die Ansicht der FGPK, bittet jedoch die Steuerbehörde, die dadurch geschaffenen Ressourcen gezielt für die Steigerung des Veranlagungsstands einzusetzen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Er bedankt sich für die positive Aufnahme des Geschäftes und nimmt das letzte Votum des SVP-Sprechers auf. Die Stadt macht bereits Druck beim Kanton, damit mit zusätzlicher IT-Unterstützung nochmals ein Effizienzgewinn möglich ist.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten. Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgen, folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Für das Steueramt Zofingen sei die Erhöhung des Stellenplanes um 50 Stellenprozente (neu total 760 Stellenprozente) zu bewilligen.

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen angenommen.

Art. 103

Budget 2018

GK 173

Budget 2018 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2018 sowie Investitionsplanung 2018 – 2027 der Einwohnergemeinde Zofingen

Robert Weishaupt, Referent FGPK

Einleitend hält er fest, dass das aktuelle Budget einmal mehr schwer vergleichbar mit dem Vorjahresbudget ist. Grund dafür ist der neue Finanzausgleich im Kanton Aargau. Am augenfälligsten ist der obligatorische Steuerfussabtausch von 3 Steuerprozenten. Die Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden wurde neu geregelt; für den Steuerzahlenden ist dieser Abtausch neutral, da der Gesamtbetrag gleich hoch bleibt. Hingegen müssen die Gemeinden neu mit 3 % weniger Steuereinnahmen auskommen, ausser sie würden die Steuern auf den "alten" Steuerfuss erhöhen – darauf verzichtet der Zofinger Stadtrat jedoch. Mit der Aufgabenverteilung werden einige Ausgaben dem Kanton aufgebürdet. Gleichwohl führen die Auswirkungen der optimierten Aufgabenteilung und des neuen Finanzausgleichs zu einer Verschlechterung des Budgets. Die budgetierte Selbstfinanzierung liegt daher knapp unter CHF 5 Mio. im Gegensatz zum Budget 2017, wo diese noch über CHF 5 Mio. lag.

Das Budget zeigt einen Blick in die Zukunft. Schaut man jedoch in die Vergangenheit, kann festgestellt werden, dass der Abschluss in den letzten Jahren jeweils besser war als budgetiert. Der Stadtrat scheint deswegen optimistisch und budgetiert die Steuererträge der natürlichen Personen mit knapp CHF 30 Mio. nur leicht tiefer als im Vorjahr (trotz der Senkung des Steuerfusses um 3 %). Auch bei den juristischen Personen erhofft er sich einen leicht besseren Abschluss. Die Selbstfinanzierung kann mit CHF 4,9 Mio. noch als gut bezeichnet werden, ist für die bevorstehenden hohen Investitionen aber zu tief. Idealerweise müsste diese ca. CHF 7 Mio. betragen. Der Nettoinvestitionsbedarf der nächsten zehn Jahren wird bei stattlichen CHF 85 Mio. liegen. Dieser Betrag muss dereinst wieder abgetragen werden.

Zu den Spezialfinanzierungen führt er folgendes aus:

- Bei der **Abwasserbeseitigung** wird trotz Investitionen von CHF 1,4 Mio. ein Überschuss von rund CHF 400'000 budgetiert. Dies ist auch notwendig, da die Sanierung der Wigger in Kürze ansteht, was die Kasse stark belasten wird.

- In der **Abfallbewirtschaftung** stehen nächstes Jahr keine Investitionen an. Dies wird zu einem weiteren Anstieg des Vermögens führen. Deshalb ist per 2019 eine weitere Gebührensenkung geplant.
- Bei der **HPS** ist alles in Ordnung.
- Die Situation im **Seniorenzentrum** scheint sich zu verbessern. Gemäss Budget soll ein Finanzierungsüberschuss von CHF 1 Mio. resultieren. Die Rechnung 2016 schloss noch mit einem Fehlbetrag von rund CHF 1,8 Mio. ab. Stadträtin Rahela Syed wird sich im Anschluss noch zur Situation des Seniorenzentrums äussern.
- Neu im Budget finden sich auch die **Alterswohnungen**. Die ersten Mieter sind dort eingezogen. Für 2018 wird bereits mit einem Finanzierungsüberschuss von CHF 115'000 gerechnet.

Im Budget 2018 soll ein Selbstfinanzierungsgrad von 38,34 % erreicht werden. Langfristig sollte dieser jedoch bei 100 % liegen. Ohne entsprechendes Gegensteuer wird die Verschuldung ins Uferlose steigen. Der Selbstfinanzierungsanteil liegt bei 7,17 %; erwünscht wären mindestens 15 %, damit Schulden abgebaut oder Investitionen getätigt werden können. Trotzdem sind weitere Investitionen, dieses Mal vorwiegend in Bildungsstätten, geplant:

- | | | |
|---|-----|-----------|
| - Realisierung Neubau Quartierschulhaus BZZ | CHF | 8,00 Mio. |
| - Realisierung, Sanierung und Erweiterung Schulhaus Mühlethal | CHF | 0,35 Mio. |
| - Flachdachsanieierung Klassentrakt Bezirksschulhaus | CHF | 0,50 Mio. |
| - Studienauftrag neues Oberstufenzentrum Rebberg | CHF | 0,40 Mio. |
| - Projektierung neues Oberstufenzentrum Rebberg | CHF | 0,55 Mio. |

Nächstes Jahr findet sich lediglich ein Strassenbauprojekt – die Sanierung des Henzmannkreisels für CHF 350'000 – bei den höheren Investitionsprojekten. Es darf festgestellt werden, dass sich die meisten Strassen in einem guten Zustand befinden.

Der Stadtrat hat grosse Anstrengungen unternommen, um das Budget im Lot zu halten, trotzdem können nicht alle Mehrkosten kompensiert werden. Zusätzlich muss der Stellenplan erhöht werden. Obwohl Zofingen nur marginal an Bevölkerung zugenommen hat, konnte eine erfreuliche Entwicklung des Steuerertrages beobachtet werden. Auch hat Zofingen im Vergleich mit anderen Zentrums-gemeinden ein gutes Budget. Gleichwohl reicht die Selbstfinanzierung von CHF 5 Mio. nicht aus, um die anstehenden Investitionen nachhaltig finanzieren zu können. Die Nettoschulden werden vermutlich bis 2020 auf rund CHF 70 Mio. ansteigen, was für Zofingen untragbar ist. Deshalb muss entweder die Selbstfinanzierung erhöht oder die Investitionen müssen reduziert werden. Ein weiterer Abbau von Dienstleistungen ist zu prüfen, und es ist über die Erhöhung von Tarifen, Gebühren oder des Steuerfusses zu diskutieren. Der Stadtrat wird anfangs nächstes Jahr wiederum ein Optimierungsprogramm ins Leben rufen.

Die FGPK hat das Budget innerhalb von 14 Tagen intensiv geprüft und viele kritische Fragen gestellt. Innert der gleichen Frist wurden die gestellten Fragen schriftlich beantwortet. An der abschliessenden Budgetsitzung gab es nochmals Gelegenheit, über die Antworten des Stadtrates zu diskutieren. Der Prüfungsablauf hat sich sehr bewährt und sollte auch in der kommenden Amtsperiode beibehalten werden. Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat das Budget zur Annahme. Antrag 1 wird mit 8:0 Stimmen zur Annahme empfohlen. Antrag 2 wird mit 7:0 Stimmen – bei einer Enthaltung – zur Annahme empfohlen.

Abschliessend bedankt sich der FGPK-Präsident bei seinen Kolleginnen und Kollegen für die sportliche Prüfung des Budgets. Beim Stadtrat und beim Leiter Finanzen und Controlling bedankt er sich für die ebenso zügige Beantwortung der Fragen.

Eintreten ist nicht bestritten.

Jakob Lang, Fraktionschef FDP

Das Budget 2018 wurde gegenüber dem Vorjahr nochmals komplexer; einerseits durch die vielen Spezialfinanzierungen, andererseits durch die Optimierung der Aufgabenverteilung und die Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Gemeinden und Kanton. Einer der grossen Fische ist mitunter der Personalaufwand von 34,9 %. Offenbar steigt dieser unabänderlich an. Der Bevölkerungsanstieg ist im Vergleich dazu weniger hoch. Ein weiterer hoher Kostentreiber ist der Transferaufwand – Sozialhilfe, Beiträge gemäss Pflegegesetz, Besoldungsanteile Lehrer, Restkostenanteil Betreuungskosten gesetz, ARA, Repol. Die Verwaltung muss viele kostspielige Sachaufgaben erledigen. Insgesamt entwickeln sich die Aufwandspositionen dynamisch, während dem die Erträge auf ein und demselben Niveau stehen bleiben. Im Investitionsplan muss deshalb klar unterschieden werden zwischen nice to have und must have. Braucht es wirklich zwei Parkhäuser für CHF 17 Mio. oder ein Veloparkhaus für CHF 2,3 Mio.? Sollen Parkplätze für Velos immer gratis zur Verfügung stehen? Wie beteiligen sich die Nachbargemeinden Brittnau und Strengelbach am Oberstufenzentrum? Solche Fragen kann und muss man sich stellen.

Es handelt sich um ein solides und realistisches Budget, welches stark extern getrieben ist vom Kostenwachstum. Die wichtigsten Weichenstellungen für die folgenden Jahre liegen vor. Die FDP-Fraktion wird dem Budget grossmehrheitlich zustimmen.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Zofingen befindet sich in einem Basistunnel, welcher unter dem Investitionsberg durchführt. Dieser Tunnel muss durchquert werden, im Vertrauen darauf, dass am anderen Ende das Licht wieder kommt.

Ein Finanzierungsfehlbetrag von CHF 8 Mio. und eine Selbstfinanzierung, die knapp unter CHF 5 Mio. liegen wird, führen in einen tiefen Tunnel. Der zukünftige Investitionsberg ist mit CHF 85,5 Mio. nicht wirklich kleiner geworden. Der Aufruf vor einem Jahr, dass auch die Legislative endlich in einen Optimierungsprozess bezüglich Investitionsplanung einbezogen werden soll, ist 2017 ungehört verhallt. Nun soll der Einbezug aber unbedingt erfolgen.

Der Einwohnerrat hat soeben drei Stellenplanerhöhungen zugestimmt. Dies ist ein Zeichen dafür, dass trotz momentan düsteren Perspektiven nach vorne geschaut werden muss. Umgemünzt auf die eben beschlossenen Stellenerhöhungen heisst dies: es wird darauf vertraut, dass sie massvoll umgesetzt werden; so viel wie nötig, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Gleiches gilt für die beabsichtigte Lohnerhöhung um 0,5 %. Es soll ein Zeichen sein, dass die Arbeit geschätzt wird, die tagtäglich für die Stadt geleistet wird.

Die neue Aufgabenteilung und der damit verbundene Steuerfussabtausch um 3 % wäre erträglich, wenn es sich für Zofingen um ein Nullsummenspiel handeln würde, was leider nicht so ist. Die Aufgabenteilung und der neue Finanzausgleich kosten Zofingen rund zwei Steuerprozent. Dennoch wird der Steuerfuss um 3 % zurückgefahren, was zwar richtig ist, die Situation insgesamt aber nicht verbessert.

Jedenfalls muss sich auch das Budget 2018 in einem engen Korsett bewegen. Viel Luft zum Atmen bleibt nicht. Vielmehr muss in verschiedenen Belangen die Luft angehalten werden. Die Frage ist aber, wie lange man die Luft anhalten kann, ohne ohnmächtig zu werden? Auch darum fanden die vorherigen Vorlagen Zustimmung. Und es werden wohl in anderen Bereichen ebenfalls noch Justierungen vorgenommen werden müssen.

Die Fraktion DYM hat im Vorfeld eine ganze Reihe von Detailfragen zum Budget gestellt. Diese wurden von Stadtrat und Stadtverwaltung zufriedenstellend beantwortet. Deshalb wird es bei der Detailberatung des Budgets nur noch vereinzelt Fragen geben. Die Dynamische Mitte sieht an diesem Budget, dass Stadtrat und Verwaltung das Korsett weiterhin eng schnüren. Diese Disziplinierung ist

nicht selbstverständlich, sondern ein Zeichen, dass alle am gleichen Strick ziehen wollen, um den Tunnel zu verlassen. Deshalb wird allen Beteiligten für die harte Budgetarbeit gedankt.

Die Fraktion DYM sieht den grossen Handlungsbedarf – wie schon erwähnt – bei den Investitionen und ist bereit, mit anzupacken. Obwohl es mit einer reinen Kenntnisnahme des Investitionsplans allerdings nicht getan ist, wird die Dynamische Mitte den Anträgen zustimmen.

Marcel Thüler, Fraktionschef SP/JUSO

Das vorliegende Budget weist einen Finanzierungsfehlbetrag von CHF 8 Mio. aus und man hört Worte wie "Verzichtsplanung" und "Sparmassnahmen". Per Ende 2018 stehen CHF 24 Mio. an Schulden auf dem Papier. Da momentan günstig Geld aufgenommen werden kann, sind grosse Investitionen möglich. Eines Tages jedoch muss die Schuld wieder beglichen werden. Bei CHF 24 Mio. dauert es 10 Jahre, diese Schulden wieder abzutragen. Natürlich wird es möglich sein, mit der FGPK+ einige Posten zur Kosteneinsparung zu finden. Eine weitere Möglichkeit ist die Reduktion der Investitionen oder man verzichtet über einen Zeitraum von fünf Jahren gänzlich auf Investitionen. Als weitere Varianten stehen eine grundsätzliche Anhebung des Steuerfusses oder eine projektbezogene Steuererhöhung zur Wahl. Es sind Lösungen gefragt. Die Verantwortung, für die zukünftigen Generationen solche zu finden, liegt bei uns allen. Das Wohl von Zofingen und die Qualität des Standorts müssen im Fokus liegen.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Budget grundsätzlich zu, wird jedoch den einen oder anderen Punkt hinterfragen. Abschliessend erfolgt der Dank an die Mitarbeitenden der Verwaltung. Auch der FGPK und dem Einwohnerrat wird ein Dankeschön für die Arbeit zum Wohl der Stadt Zofingen ausgesprochen.

Markus Gfeller, Fraktionschef SVP

Auch in diesem Budget sind laufend Mehrausgaben zu finden. Die heute erfolgten Beschlüsse lösen zudem bei den Personalausgaben zusätzliche Kosten von CHF 3,7 Mio. aus. Das widerspiegelt aus Sicht der SVP die vergangenen zwei Jahre dieser Legislaturperiode, in welchen etlicher Leistungsausbau mit Kostenfolge beschlossen wurde. Wenn kritisiert wird, dass im Budget von Sparmassnahmen nichts mehr zu finden ist, so muss dies auch dem Einwohnerrat zugeschrieben werden. Trotzdem macht es den Anschein, als sei die Massnahmenliste des Optimierungsprogramms endgültig schubladisiert worden. Wenn jedoch an einem Ort mehr Ressourcen notwendig sind, muss an einer anderen Stelle gespart werden.

Die SVP-Fraktion wird dem Budget zustimmen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtkammann

Die vom FGPK-Präsidenten erwähnte Präsentation war bereits als Beilage 2 dem FGPK-Protokoll vom 29. August 2017 beigelegt, deshalb soll auf eine nochmalige Zustellung verzichtet werden. Ergänzend dazu hält er nochmals fest, dass einerseits eine Optimierung der Aufgabenteilung erfolgt ist. Damit sollen die Verbundaufgaben, welche von mehreren Staatsebenen finanziert werden, möglichst eliminiert werden. Gleiches gilt auch für die unmöglichen Kostenteiler (beispielsweise ÖV, Lehrerbesoldungen). Bei solchen Aufgaben- und Kostenverschiebungen erfolgt nach einer gewissen Zeit eine Analyse und es werden noch finanzielle Anpassungen vorgenommen. Andererseits ist die Neuordnung des Finanzausgleichs erfolgt; er wurde transparenter und einfacher gestaltet. Es wurde dort angesetzt, wo eigentliche Lasten anfallen (viele Sozial- oder Bildungslasten etc.). Auch hier handelt es sich um eine Momentaufnahme, welche jedes Jahr justiert wird.

Konkret verschoben werden die Kosten für den öffentlichen Verkehr. Im Gegenzug erhält Zofingen keine Subventionen mehr für die Sozialfälle. Ebenfalls neu zu übernehmen ist die Gewährleistung

der Krankenkassenbeiträge. Aufgrund der Verschiebung der Lasten musste auch der Steuerfuss angepasst werden – dies kann im Budget auf Seite 137 detailliert nachgelesen werden.

Bezüglich der steigenden Personalkosten erklärt der Stadtammann, dass auch Einnahmen und Erträge generiert werden. Diese werden jedoch nicht in diesem Konto verbucht. Die Erträge werden den verschiedensten Konti gutgeschrieben.

Die Refinanzierung des Oberstufenschulhauses erfolgt selbstverständlich über die Schulgelder. Er selber hat im Grossen Rat darauf hingewirkt, dass die Schulgelder angepasst wurden. Dadurch ist gewährleistet, dass die Amortisation über die Infrastrukturbeiträge erfolgt.

Die Legislative wurde bereits beim Optimierungsprogramm 2013 miteinbezogen. Auch beim neuen Optimierungsprogramm wird dies wieder der Fall sein. In den geplanten Workshops wird zu definieren sein, was in die Rubrik "must have" oder "can have" gehört. Die Meinungen dazu werden sicherlich sehr geteilt sein. Wichtig wird sein, sich auf einen Konsens zu Gunsten von Zofingen zu einigen.

Sicherlich ist es richtig, dass bei steigenden Ausgaben an einem Ort, an anderer Stelle gespart werden muss. Leider sind 75 % der Ausgaben gesetzlich vorgeschrieben, weshalb sich das Sparpotenzial in Grenzen hält.

Auf Nachfrage der Präsidentin (§ 9 Abs. 2 Geschäftsreglement) erfolgt stillschweigende Zustimmung zur Fortsetzung der Beratungen.

Rahela Syed, Stadträtin

Anfangs Jahr war die Situation im Seniorenzentrum noch ziemlich angespannt, weshalb verschiedene Massnahmen ergriffen wurden. Teilweise wurden Stellen reduziert, verschiedene Anschaffungen wurden nicht getätigt und auch bei den Weiterbildungen sind Einsparungen erfolgt. Zudem konnten die Kosten für die Personalvermittlungsbüros gesenkt werden und die Fluktuation hat massiv abgenommen. Aufgrund der vorgenommenen Massnahmen schreibt das Seniorenzentrum nun wieder schwarze Zahlen und sie ist zuversichtlich, dass das Budget eingehalten werden kann. Auch für nächstes Jahr sollen die Massnahmen beibehalten werden, trotzdem soll weiterhin eine hohe Qualität in der Pflege möglich sein.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten.

Abschnittsweise Beratung der Einwohnerratsvorlage zum Budget 2018

1. Einleitung (Seiten 4 – 5)

Keine Wortmeldungen.

2. Die Mitglieder des Stadtrates und ihre Ressorts (Seite 6)

Keine Wortmeldungen.

3. Jahresziele 2018 (Seiten 7 – 10)

Keine Wortmeldungen.

4. Übersicht Budget 2018 (Seiten 11 – 19)

Keine Wortmeldungen.

5. Projekte und Investitionen (Seiten 20 – 29)

André Kirchhofer, FDP

Im Investitionsplan ist das Thema "Übernahme des Rathauses" aufgeführt. Ihm ist aufgefallen, dass zuerst die Übernahme des Gebäudes geplant ist. Erst anschliessend soll die eigentliche Sanierung

für rund CHF 6,5 Mio. erfolgen. Erfolgt zuerst die Übernahme zum Buchwert, wird ein Präjudiz geschaffen, bevor das Stimmvolk über entsprechende Kredite abstimmen konnte. Deshalb müsste die Reihenfolge geändert werden, damit die Übernahme gleichzeitig mit der Kreditabstimmung stattfindet.

6. Kennzahlen (Seiten 30 – 34)

Keine Wortmeldungen.

7. Details zum Budget**Ziffer 7.1 Allgemeine Bemerkungen/Besoldungen/Steuerfuss (Seite 35)**

Keine Wortmeldungen.

Ziffer 7.2 Optimierte Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden, Neugestaltung des Finanzausgleichs (Seiten 35 – 37)

Keine Wortmeldungen.

Ziffer 7.3 Umgang mit der Aufwertungsreserve (Seiten 37)

Keine Wortmeldungen.

Ziffer 7.4 Erläuterungen zur Erfolgsrechnung (Seiten 38 – 47)

Keine Wortmeldungen.

Ergebnis: Erfolgsausweis (Seiten 49 – 62)

Keine Wortmeldungen.

Kennzahlenauswertung Budget (Seite 63)

Keine Wortmeldungen.

Erfolgsrechnung Zusammenzug (Seite 64)

Keine Wortmeldungen.

0 Allgemeine Verwaltung (Seiten 65 – 74) / Details (Seiten 38 – 39)**7.5 Zahlenteil, 0220 Allgemeine Dienste, übrige, 3099.00 Übriger Personalaufwand (Seite 68)****Michael Wacker, SP/JUSO, sp**

Bis 2013 wurden dem Personal vergünstigte REKA-Checks sowie der Silvesterwein abgegeben. Mit den Optimierungsmassnahmen wurden diese Posten ersatzlos gestrichen. Da sich die Mitarbeitenden tagtäglich nach bestem Wissen und Gewissen für die Stadt einsetzen, soll ab 2018 wieder ein symbolisches Zeichen der Wertschätzung an das aktive Personal eingeführt werden. Wie eine Umsetzung erfolgt, soll der Exekutive überlassen werden. Er stellt daher folgenden Antrag:

Der Betrag von CHF 55'000 soll um CHF 20'000 erhöht werden. Der Betrag ist für ein Wertschätzungszeichen an das aktive Personal zu verwenden.

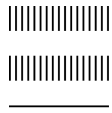
Bei einem Personalaufwand von CHF 31,8 Mio. entsprechen die beantragten CHF 20'000 gerade mal 0,62 % der Gesamtlohnsumme.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Er bittet um Ablehnung des Antrages, hält aber fest, dass die Zeichen der Wertschätzung regelmässig erfolgen. So wurde heute beispielsweise die beantragte Lohnerhöhung gewährt. Auch andere Zeichen werden gesetzt. So erfolgt in Absprache mit der Personalkommission die Weitergabe des Risikosenkungsbeitrags der Pensionskasse an das Personal.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Es folgt die Abstimmung über den Antrag der SP/JUSO-Fraktion:



Der Betrag von CHF 55'000 soll um CHF 20'000 erhöht werden. Der Betrag ist für ein Wertschätzungszeichen an das aktive Personal zu verwenden.

Der Antrag des Stadtrates wird demjenigen der SP/JUSO-Fraktion gegenübergestellt. Dabei obsiegt der stadträtliche Antrag mit 27:10 Stimmen. Dieser Budgetposten wird somit unverändert bei CHF 55'000 belassen.

**1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung (Seiten 75 – 85) / Details (Seiten 39 – 40)
7.5 Zahlenteil, 1110 Polizei, 3612.01 Beitrag an REPOL für zusätzliche Leistungen (Seite 75)**

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Er wollte eigentlich eine Erhöhung der Summe um CHF 100'000 für den Einsatz von zusätzlichen Regionalpolizisten beantragen, um der Raserei in der Altstadt endlich Einhalt zu gebieten. Er ersucht dringend darum, dass in diesem Bereich endgültig für Ordnung gesorgt wird, ansonsten müsste tatsächlich ein solcher Antrag gestellt werden.

2 Bildung (Seiten 86 – 98) / Details (Seiten 40 – 41)

Keine Wortmeldungen.

3 Kultur, Sport und Freizeit (Seiten 99 – 108) / Details (Seiten 41 – 42)

Keine Wortmeldungen.

4 Gesundheit (Seiten 109 – 114) / Details (Seiten 42 – 43)

Keine Wortmeldungen.

5 Soziale Sicherheit (Seiten 115 – 122) / Details (Seiten 43 – 45)

Keine Wortmeldungen.

6 Verkehr (Seiten 123 – 126) / Details (Seite 45)

Keine Wortmeldungen.

7 Umweltschutz und Raumordnung (Seiten 127 – 132) / Details (Seite 45)

Keine Wortmeldungen.

8 Volkswirtschaft (Seiten 133 – 135) / Details (keine)

Keine Wortmeldungen.

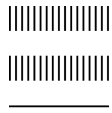
9 Finanzen und Steuern (Seiten 136 – 140) / Details (Seite 46 – 47)

Keine Wortmeldungen.

Erfolgsrechnung Artengliederung (Seiten 141 – 151)

André Kirchhofer, FDP

Da nicht genau feststeht, wie viele Konti betroffen sind (Beträge sind in verschiedensten Konti enthalten), stellt er an dieser Stelle seinen Antrag zur Kosteneinsparung bei amtlichen Publikationen. Gemäss Gemeindeordnung (§ 25) ist der Stadtrat zuständig für die Bestimmung eines amtlichen Publikationsorgans. Hingegen gibt es keine Vorgaben bezüglich Häufigkeit, Inhalt und Art von amtlichen Publikationen, was dem Stadtrat einen gewissen Ermessensspielraum offenlässt. Die Finanzverwaltung hat mitgeteilt, dass im vergangenen Jahr für CHF 43'800 amtliche Publikationen veröffentlicht wurden. Darin nicht enthalten sind Stellenausschreibungen, Kulturveranstaltungen und Veranstaltungen des Seniorenzentrums. Offenbar wurde im Kanton Aargau eine Umfrage durchgeführt. Gemäss dieser schalten bereits heute diverse Gemeinden ihre amtlichen Publikationen auf der Website auf. Nachdem Zofingen demnächst ebenfalls eine neue Website bekommt, sollte es ausreichen, den grössten Teil der amtlichen Publikationen auf dieser Plattform erscheinen zu lassen. Zudem bestehen andere Kommunikationsmittel wie E-Mail und Medienmitteilungen. Insofern erübrigen sich die amtlichen Publikationen teilweise. Daher stellt er folgenden Antrag:



Der budgetierte Aufwand für amtliche Publikationen, enthalten in diversen Konti, sei auf das grösstmögliche Minimum, jedoch um 80 % der bisherigen Kosten gemäss Rechnung 2016 auf neu 20 % zu reduzieren.

Yvonne Lehmann, SP/JUSO, sp

Es gibt noch immer viele – insbesondere ältere – Leute, die sich weder mit E-Mails noch mit Websites auskennen. Es trifft sicherlich die Falschen, wenn diese Mitteilungen nicht mehr in der Zeitung erscheinen. Deshalb bittet sie um Ablehnung des Antrags.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtkammann

Er hält diesen Antrag für sehr prüfenswert, möchte das Anliegen aber gerne ins Optimierungsprogramm aufnehmen. Es soll kein Bauchentscheid erfolgen, damit die Auswirkungen zuerst genauer geprüft und definiert werden können. Es ist unklar, wie viele Personen mit der amtlichen Publikation in der Zeitung erreicht werden. Er wünscht sich vorab eine saubere Prüfung.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Es folgt die Abstimmung über den Antrag der FDP:

Der budgetierte Aufwand für amtliche Publikationen, enthalten in diversen Konti, sei auf das grösstmögliche Minimum, mindestens jedoch um 80 % der bisherigen Kosten gemäss Rechnung 2016 auf neu 20 % zu reduzieren.

Der Antrag des Stadtrates wird demjenigen der FDP gegenübergestellt. Dabei obsiegt der Antrag der FDP mit 22:14 Stimmen (1 Enthaltung). Die diversen Budgetposten sind somit entsprechend anzupassen.

Investitionsrechnung Zusammenzug (Seite 152)

Keine Wortmeldungen.

Investitionsrechnung (nach Abteilungen) (Seiten 153 – 170)

Keine Wortmeldungen.

Zusammenzüge (Seiten 171 – 175)

Keine Wortmeldungen.

Finanzpläne (Seiten 176 – 178)

Keine Wortmeldungen.

Ausblick (Seiten 178 – 180)

Keine Wortmeldungen.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

1. *Das Budget 2018 der Erfolgsrechnung mit einem Steuerfuss von 99 % und das Investitionsbudget 2018 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

2. *Von den Investitions- und Finanzplänen 2018 – 2027 sei Kenntnis zu nehmen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 30:4 Stimmen (3 Enthaltungen) angenommen.

Begründung der Interpellation betr. Bibliothek Zofingen - Zukunftsstrategie**Jakob Lang, FDP**

Er weist darauf hin, dass seine Interpellation in keinem direkten Zusammenhang zum Budget steht. Der Wandel zum Digitalen erfasst sämtliche Lebensbereiche der Menschen. Insbesondere betrifft dies auch das gedruckte Wort. Tageszeitungen, Presse sowie Zeitschriften- und Buchverlage sind einem massiven Strukturwandel unterworfen. Auf der einen Seite steht der Wandel in den Vertriebskanälen weg vom traditionellen Zeitschriften- und Buchhandel hin zum Versandhandel. Auf der anderen Seite werden Informationen heute oft nicht mehr physisch gedruckt und verteilt, sondern in den meisten Fällen auch digital über Gratis- oder Bezahlportale sowie bei Zeitschriften und Büchern als Downloads für E-Reader angeboten.

Bibliotheken stammen aus der Zeit, als Bücher von Hand geschrieben wurden und eine der wenigen Möglichkeiten zur Speicherung und Weitergabe des Wissens waren. In den öffentlichen Bibliotheken stand das knappe Gut "gedrucktes Wissen" einem breiten Kreis der Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung. Aus vorerwähnten Gründen stellt er dem Stadtrat eine Reihe Fragen zur zukünftigen konzeptionellen Ausrichtung der Stadtbibliothek und allfälliges Sparpotenzial daraus.

Art. 104**Umfrage****Hinweis der Protokollführung**

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Rudolf Günthardt, FDP

In der Stadt sind auch nach den Wahlen noch diverse Wahlplakate und rote Gestelle zu finden. Gilt die Pflicht zur Entfernung der Wahlpropaganda nicht für alle?

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Seine Frage zielt in die gleiche Richtung. Die von der SP aufgestellten roten Veloständer erfreuen sich grosser Beliebtheit. Acht davon sind permanent besetzt, deswegen können diese nicht entfernt werden. Die Veloständer gehören grundsätzlich der Stadt. Es stellt sich nun die Frage, ob diese zurückgegeben werden können oder ob sie zu verschrotten sind? Es wird sicherlich Fragen aufwerfen, wenn diese trotz reger Nutzung wieder entfernt werden.

Andreas Rüegger, Stadtrat

An den roten Veloständern ist keine eigentliche Wahlwerbung mehr zu finden. Sollten diese für eine längere Zeitdauer stehen gelassen werden, wäre ein Baubewilligungsverfahren notwendig. Für die Zeit von zwei Monaten können die Veloständer gemäss § 49 der Bauverordnung als Fahrnisbauten betrachtet werden. Eine entsprechende Prüfung zur Bewilligungserteilung wäre sicher auch in Zusammenarbeit mit der Stadtbildkommission vorzunehmen.

Liliane Hofer, SP/JUSO, sp

Im Zofinger Tagblatt vom 30. September 2017 wurde über den Bahninfrastrukturausbau berichtet. Leider finden sich darin keine Angaben, ob der Halbstundentakt auch für die Strecke Luzern-Bern

bzw. Luzern-Genf geplant ist. Wurde dazu bereits früher ein Beschluss gefasst oder ist diese Strecke beim Bund weggefallen?

Andreas Rüegger, Stadtrat

Der Artikel hat den Bahnausbau für die zukünftigen Ausbauten im Zeitraum 2030 bis 2035 betroffen. Darin wurde unter anderem die Einführung des Halbstundentakts im Bereich der Güterzüge auf der Nazeli-Linie thematisiert. Der Ausbau zwischen Genf und Luzern auf diesen Takt wird separat behandelt. Die Planung der SBB sieht vor, diesen in den Jahren 2020/21 einzuführen.

Verena Schmid Schürpf, SP/JUSO, sp

Vis-à-vis der Markthalle wurde ein neues Immobiliengeschäft eröffnet. Die grellen Lichttafeln in den Schaufenstern sind sehr störend. Sie stechen einem ziemlich heftig in die Augen. Im Reglement für das Bauen in der Altstadt steht in § 7 bezüglich Reklamen, dass die Grösse und Gestaltung der Schaufenster auf das Gassenbild Rücksicht zu nehmen hat. In § 8 werden selbstleuchtende Reklamen und Leuchtkästen verboten und weiter ist festgehalten, dass nach aussen tretenden Massnahmen bewilligungspflichtig seien. Wurde für diese Ausgestaltung der Schaufenster eine Bewilligung eingeholt? Welche Möglichkeiten hat die Stadtbildkommission, diesen unschönen Anblick zu korrigieren?

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Nach Inbetriebnahme der Schaufensterwerbung ist eine Überprüfung erfolgt. Wie er selber festgestellt hat, haben auch andere Geschäfte, unter anderem sämtliche Banken, Schaufensterbeleuchtungen, welche das Ambiente der Stadt prägen und beeinträchtigen. Die gesetzliche Grundlage ist nicht ganz klar. Das Thema ist für die nächste Stadtbildkommission jedoch traktandiert und wird dort beraten.

Art. 105

Verabschiedungen

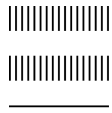
Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Sie informiert, dass **Michael Müller** vom 1. Mai 2011 bis 31. Oktober 2017 Mitglied des Einwohnerrates war. Er hatte von November 2011 bis Mai 2012 Einsitz in der einwohnerrätlichen Spezialkommission „Ortsplanungsrevision“, und von Oktober 2013 bis März 2016 hat er in der einwohnerrätlichen Spezialkommission „Neubau Quartierschulhaus BZZ“ mitgewirkt. Zudem war er vom 20. Juni 2011 bis 31. Dezember 2014 Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Für die geleistete Arbeit im Sinn und Geist der Stadt Zofingen wird ihm der beste Dank ausgesprochen und viel Glück für die private, berufliche und politische Zukunft gewünscht.

Michael Müller erhält die obligaten Geschenke.

(Applaus)

Weiter teilt sie mit, dass die **Ratssekretärin** die Stadt Zofingen Mitte November 2017 verlassen wird. **Cornelia Zürcher** hat im Jahr 2009 im Bereich Soziales eine Stelle angetreten; seit 1. April 2016 übt sie die Funktion der Stadtschreiberin und Ratssekretärin aus. Sie bedankt sich für die gute Zusammenarbeit, wünscht ihr alles Gute für die Zukunft und überreicht ihr einen Blumenstrauss.



Irma Jordi, DYM/CVP

Es ist eine Einladung zu einer Informationsveranstaltung betreffend Zusammenlegung der Spitexorganisationen der Region Zofingen eingegangen. Dabei handelt es sich um ein sehr wichtiges Thema. Mit einer guten Spitexorganisation können die Gesundheitskosten im Langzeitbereich etwas gesenkt werden. Sie bittet darum, dass viele Ratsmitglieder die Informationsveranstaltung besuchen.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Präsidentin bedankt sich für die konstruktiven Diskussionen, das lange Ausharren, weist auf die letzte Einwohnerratssitzung dieser Amtsperiode am 27. November 2017 hin und schliesst die Sitzung um 21.40 Uhr.

Für getreues Protokoll:

Miriam Ruf-Eppler
Ratspräsidentin

Cornelia Zürcher
Protokollführerin